
Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 11./12. Juni 77

**Analyse des votations fédérales du 11/12 juin 77*

<i>Abstimmungsergebnisse</i>	<i>Ja</i>	<i>Nein</i>
Bundesbeschluss über die Neuordnung der Umsatzsteuer und der direkten Bundessteuer/"Finanzpaket"/ "Mehrwertsteuer"	760 657	1 117 318
Bundesbeschluss über die Steuerharmonisierung	1 133 542	715 136
Stimmbeteiligung 49.6%		

Inhalt

Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 11./12. Juni 77 / Ergebnisse von Repräsentativumfragen in der deutschen und französischen Schweiz	2
Das Finanzpaket	
1. Gegner und Befürworter	3
2. Entscheidungsmotive	5
3. Stimmbeteiligung und Abstimmungsergebnis	9
4. Kenntnisstand und Meinungsbildung	11
5. "Was nun?" Lösungspräferenzen der Gegner	16
Die Steuerharmonisierung	19
Zusammenfassung der Hauptergebnisse	21
* Récapitulation des résultats principaux	25



Zuschriften: Postfach 3158, 8023 Zürich ☎ 01 / 242 12 10

Copyright by GfS und FSP

Abdruck nicht gestattet mit Ausnahme der Zusammenfassung

Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 11./12. Juni 77

Ergebnisse von Repräsentativumfragen in der deutschen und französischen Schweiz

Die Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 12. Juni über die neue Finanzordnung besitzt ein besonderes Gewicht. Bundesrat, Parlament, sämtliche Regierungsparteien und mit wenigen Ausnahmen alle grossen Wirtschaftsverbände hatten die Vorlage unterstützt. Dennoch sprach sich das Volk mit grosser Mehrheit gegen das Finanzpaket aus. Sicher, der Entscheid kam für alle jene, die das Stimmungsbild in den letzten Monaten und Wochen vor der Abstimmung aufmerksam verfolgt hatten, nicht überraschend. Wie das Nein des Souveräns aber ausgelegt werden soll, darüber waren und sind sich weder die Gegner noch die Befürworter der Vorlage einig. Teilte das Paket ganz einfach das Los jeder eidgenössischen Finanzvorlage, deren Schicksal es nun einmal ist, im ersten Anlauf zu scheitern? War es ein Nein gegen mehr Steuern oder ein erneuter, unmissverständlicher Sparbefehl des Volkes an die Adresse der Regierung? Angesichts der grossen Bedeutung, die der Vorlage allgemein beigegeben wurde, sollten die Antworten auf solche Fragen nicht auf Spekulationen beruhen. Oberstes Ziel unserer Analyse muss darum sein, statistisch gesichertes Material zu liefern, das eine Gewichtung der tatsächlichen Entscheidungsmotive erlaubt.

Nach dem Verdikt vom 12. Juni können Bundesrat und Parlament nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Das Loch in der Bundeskasse ist geblieben. Es wird sich weiter vergrössern, wenn nichts geschieht. Der Frage nach dem "warum" des negativen Volksentscheides folgt darum sogleich die Frage nach dem "wie weiter". Mit seinem schon im Frühjahr veröffentlichten Finanzplan für die Jahre 1978/79 und mit dem neuen Finanzprogramm, das knapp einen Monat nach der schicksalsschweren Abstimmung vorgestellt wurde, hat der Bundesrat den Weg vorgezeichnet. Ob es der richtige ist, vermögen wir mit den Ergebnissen unserer Umfrage nicht abschliessend zu entscheiden. Unsere direkte Frage nach Lösungsalternativen bringt aber eine Präferenzordnung zu Tage, an der man im Blick auf die zukünftige Finanzpolitik des Bundes wohl kaum ohne weiteres vorbeisehen kann.

Neben der diesmal im Vordergrund stehenden Analyse der Abstimmungsmotive und Lösungspräferenzen haben wir ähnlich wie in der Analyse zur Abstimmung vom 12./13. März die Stimmbeteiligung, den Kenntnisstand und die Meinungsbildung unter die Lupe genommen. Zusätzlich versuchten wir abzuklären, wie weit die von der gesamtschweizerischen Partei abweichenden Abstimmungsparolen von Kantonalparteien die Stimmbürger beeinflusst haben. Schliesslich durfte auch ein Blick auf die zweite, ganz im Schatten des Zugpferdes "Finanzpaket" stehende Vorlage nicht völlig fehlen: auf den Bundesbeschluss über die Steuerharmonisierung.

DAS FINANZPAKET

1. Die Gegner und Befürworter

Welche Gruppen der Stimmbürger haben das Finanzpaket überdurchschnittlich unterstützt? In welchem politischen Lager ist die Vorlage auf den grössten Widerstand gestossen?

In Tabelle 1 haben wir die durchschnittlichen Ja und Nein Stimmen-Anteile nach wichtigen Merkmalsgruppen ausgeschieden. Berücksichtigt wurden nur jene Befragten, die angaben, an der Abstimmung teilgenommen zu haben. Ihr Stimmverhalten entspricht mit 37,4% Ja gegen 57,7% Nein relativ genau dem tatsächlichen Abstimmungsresultat. 4,9% der Befragten verweigerten die Antwort. Weil dieser Anteil von Merkmalsgruppe zu Merkmalsgruppe recht stark variiert, haben wir zum besseren Vergleich der Resultate für jede Merkmalsgruppe die Differenz zwischen Nein und Ja Stimmen-Anteilen berechnet (letzte Kolonne der Tabelle). Je grösser die Differenz, je negativer die Einstellung der entsprechenden Merkmalsgruppe zum Finanzpaket.

Tabelle 1

Von den geprüften Merkmalen besitzen nur das Geschlecht und die Zugehörigkeit zu einer der beiden Sprachregionen keinen nachweisbar signifikanten Einfluss auf das Abstimmungsverhalten der entsprechenden Stimmbürger. Eine zwar schwache, aber statistisch doch signifikante Beziehung lässt sich zwischen dem Stimmverhalten und den Merkmalen Alter sowie Wohnregion (Stadt/Land) nachweisen (Chi-Quadrat Signifikanzniveau 0,1). Der Vorlage weniger günstig gesinnt waren die jüngeren Stimmbürger (20-39 J.) sowie die Bewohner ländlicher Gegenden. Für die Bewohner ländlicher Gebiete wäre allerdings eine zusätzliche Differenzierung notwendig, die wir in unserer Umfrage nicht vorausgeplant haben. Ein Blick auf die Abstimmungsresultate der einzelnen Verwaltungsbezirke weist auf eine starke Befürwortung im subventionsbedürftigen Berggebiet. Ausserhalb der alpinen Regionen ergibt sich jedoch ein anderes Bild. Hier steigt der Prozentsatz an Nein Stimmen mit dem Anteil der bäuerlichen Bevölkerung im Verwaltungsbezirk (1).

Die eindeutig wichtigsten Merkmale für eine bestimmte Einstellung des Stimmbürgers zum Finanzpaket sind sein Beruf, seine Parteisympathie sowie das Mass seiner politischen Integration (Chi-Quadrat Signifikanzniveau 0,05) (2). Die Gegner des Finanzpaketes rekrutierten sich hauptsächlich aus den höchsten und niedrigsten Bevölkerungsschichten sowie aus dem Lager des selbständigerwerbenden Mittelstandes (ohne Landwirte). Die Nein Stimmen-Anteile der am stärksten verwerfenden Berufsgruppen liegen um 20% über den Anteilen anderer, dem Finanzpaket günstiger gesinnter Gruppen. Untere Angestellte/Beamte und Landwirte haben die Vorlage sogar angenommen. Auf-

Tabelle 1 Das Stimmverhalten nach wichtigen Merkmalsgruppen

Merkmalsgruppen		Ja	Nein	Differenz
		(Anteil in %)		
Total (tatsächliches Abstimmungsresultat)		41	59	18
Total (Umfrage)		37	58	21
Geschlecht	Mann	39	57	18
	Frau	36	59	23
Alter	20-39 Jahre	34	65	31
	40-64 Jahre	40	54	14
	65-84 Jahre	37	52	15
Sprachregion	Westschweiz	38	59	21
	deutsche Schweiz	37	55	18
Wohnregion	Stadt/Agglomeration	36	61	25
	Land	39	53	14
Beruf	Leitende Angestellte/Beamte und selbständig Erwerbende	33	63	30
	Angestellte/Beamte in mittleren Positionen	44	53	9
	Untere Angestellte/Beamte	48	44	- 4
	Landwirte	56	41	- 15
	Arbeiter/manuell Tätige	30	64	34
	Übrige (Rentner, Studenten..)	29	67	38
	Parteisympathie	Parteien mit Ja-Parole	46	49
	Parteien mit Nein-Parole	29	71	42
	Keine Parteipräferenz	23	71	48
	CVP	48	48	0
	FDP	40	54	14
	SP	48	46	- 2
	SVP	50	43	- 7
	Landesring (LdU)	50	50	0
	Liberal Partei (LPS)	21	79	58
	Evangelische Volkspartei (EVP)	50	50	0
	Partei der Arbeit (PdA)	0	100	100
	NA/Republikaner	0	100	100
Politische Integration	Hoch	62	37	- 25
	Mittel	33	61	28
	Tief	11	85	74

schlussreich ist der scharfe Gegensatz zwischen Arbeitern und unteren Angestellten/Beamten, von zwei Berufsgruppen, die sich politisch meist ähnlich verhalten. Bei den unteren Angestellten/Beamten handelt es sich zu einem grossen Teil um Angehörige des Personals nicht privatwirtschaftlicher Unternehmungen. Deren Einkünfte sind von einer gesunden Finanzlage der öffentlichen Hand abhängig.

Untere Angestellte/Beamte sind neben den Arbeitern die wichtigste Rekrutierungsbasis der Sozialdemokratischen Partei. Ihre positive Haltung zum Finanzpaket erklärt so das in bezug auf die Parteiparole schmeichelhafte Resultat der SP. Von den grösseren Parteien, die mit Ausnahme des Landesrings alle die Ja Parole ausgegeben hatten, haben nur die Sympathisanten der SP der Vorlage gesamthaft zugestimmt. Innerhalb der SVP muss es dabei wie in der SP zu einer Interessenspaltung gekommen sein. Ihr gewerblicher Flügel hat sich gegen, ihr bäuerlicher Flügel für das Finanzpaket ausgesprochen. Der grösste Widerstand gegen die neue Finanzordnung hat sich aber im Lager des Freisinns und der liberalen Partei gebildet. Die Sympathisanten der liberalen Partei (2% aller Parteisympathisanten) haben die Vorlage sogar stärker verworfen, als dies Anhänger aller jener Parteien durchschnittlich taten, welche die Nein Parole ausgegeben hatten. Von diesen bewiesen die Sympathisanten des Landesrings die eindeutig schwächste Parteidisziplin.

Im Nein der Stimmbürger mit geringer politischer Integration widerspiegelt sich die überdurchschnittliche Vertretung von Gruppen, die wir bereits als Gegner des Finanzpaketes identifiziert haben (Arbeiter, Extreme Linke und Rechte). Die Eindeutigkeit des Entscheides weist aber zusätzlich auf ein Entscheidmotiv hin, das diese Merkmalsgruppe in besonderem Masse charakterisiert: das Nein als Stellungnahme gegen das politische Establishment, das mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu versuchen schien, dem "Volk" ein Ja zu entlocken.

2. *Entscheidungsmotive*

Mit der Identifizierung der hauptsächlichen Gegner und Befürworter der Vorlage sind wir den wichtigsten Entscheidmotiven schon teilweise auf die Spur gekommen. Angesichts der politischen Heterogenität der Gegner der Vorlage ist anzunehmen, dass ihr Nein verschiedene Ursachen besitzt. Diese Vermutung wird bestätigt, wenn wir die Motive analysieren, welche die Gegner auf eine *offene Frage* namhaft gemacht haben. In Tabelle 2 haben wir die Entscheidungsmotive aller Nein Stimmenden zusammengestellt. Neben dem jeweiligen Anteil an Nennungen sind alle jene Merkmalsgruppen aufgeführt, die ihr Nein überdurchschnittlich mit dem entsprechenden Motiv begründeten.

Tabelle 2 Die Entscheidungsmotive der Gegner des Finanzpaketes

Argument	Anteil in % der Nennungen	Überproportional vertre- tene Merkmalsgruppen
1) Mehrwertsteuer führt zu Preis- steigerungen (wirkt inflationär)	25	Frauen Arbeiter Parteien mit Nein-Parolen Geringe pol. Integration
2) Der Bund soll sparen	25	Leitende Ang./Beamte und selbst. Erwerbende FDP
3) Die Mehrwertsteuer ist unge- gerecht/nicht sozial	16	Parteien mit Nein-Parolen CVP, PdA Untere Ang./Beamte Geringe pol. Integration
4) Die Steuern sind schon jetzt zu hoch	8	Westschweizer
5) Der administrative Mehrauf- wand ist für einen Klein- betrieb untragbar	4	SVP
6) Es gibt bessere Lösungen (ohne zu präzisieren)	4	
7) Der Ansatz von 10% ist zu hoch	3	
8) Die Mehrwertsteuer passt nicht in die heutige Wirtschaftslage	2	
9) Die Mehrwertsteuer fördert die Bürokratie	1	
10) Das Defizit des Staates ist nicht zu hoch	1	
Anderes; undifferenzierte Ablehnung	10	

In den drei am häufigsten genannten Ablehnungsgründen (2/3 aller Antwortenden) und den entsprechenden Merkmalsgruppen widerspiegelt sich deutlich das "linke" und das "rechte" Nein zum Finanzpaket. Für die Angehörigen

unterer Bevölkerungsschichten und für die Anhänger der diese hauptsächlich vertretenden Parteien geht es um das Mittel, mit dem der Bund seine Einnahmen zu erhöhen sucht. Für sie ist die Mehrwertsteuer ungerecht, ja unsozial. Neue, indirekte Steuern führen zu Preissteigerungen, die nicht mehr zu verkraften sind. Das Nein aus dem liberalen Lager, die Gegnerschaft aus Arbeitgeberkreisen hingegen, richtet sich eher gegen die Ausgabenpolitik des Bundes. Neue Einnahmen bzw. Steuererhöhungen werden nicht bewilligt, solange der Bund nicht alles unternimmt, um seine Ausgaben noch weiter zu kürzen. Nicht weniger als 38% aller Anhänger der FDP verlangen vom Bund verstärkte Sparmassnahmen, gegenüber nur 13% der Anhänger der PdA. Andere im Abstimmungskampf von den Gegnern ins Feld geführte Argumente spielten dagegen nur eine sekundäre Rolle. Dass die Einführung eines neuen Steuersystems vor allem darum abzulehnen sei, weil sie den Verwaltungsapparat aufblähe, glaubte nur 1% der Befragten. Auch die Höhe des Ansatzes scheint die Nein Stim-menden wenig beschäftigt zu haben. Nur 3% der Stimmbürger haben sich aus diesem Grunde gegen die Vorlage ausgesprochen.

In den *spontanen Antworten* tauchte das Nein als Protesthaltung gegen den Staat überhaupt nicht auf. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass derartige Argumentationen kaum in offenen Fragen zum Vorschein kommen. Dass auch dieses Entscheidmotiv eine gewisse Rolle spielte, zeigt uns die Auswertung einer anderen, diesmal geschlossenen Frage. Die Befragten mussten sich für eine von zwei Aussagen entscheiden, die ihnen schriftlich als Alternativen vorgelegt worden sind. In Tabelle 3 haben wir den Anteil der Befürworter und Gegner ausgeschieden, die sich jeweils hinter die eine oder die andere Aussage gestellt haben.

Tabelle 3 Das Nein zum Finanzpaket und das Verhältnis zum Staat

Aussage a/b	Finanzpaket	
	Ja	Nein
a) "Ich kann mich meistens auf die Regierung im Bundeshaus verlassen. Sie handelt nach bestem Wissen und Gewissen, zum Wohle aller!"	72	37
b) "Im Bundeshaus wird immer mehr gegen und immer weniger für das Volk entschieden. Die Regierung kennt unsere Sorgen und Wünsche nicht mehr."	20	46
a) "Mit einem klaren Nein kann ich Bern zeigen, dass endlich etwas geändert werden sollte und dass es so nicht mehr weiter geht."	23	46
b) "Ein rein protestierendes Nein zeigt wenig Wirkung und ist sinnlos. Mit meiner Stimme will ich bewusst zur Willensbildung beitragen."	69	44

Bei den Gegnern der Vorlage ist das Verhältnis zum Staat doch deutlich getrübt. Ihr Nein zum Finanzpaket ist ohne Zweifel auch als Ausdruck der viel zitierten Vertrauenskrise zwischen Bürger und Staat zu verstehen.

Wir haben das tatsächliche Gewicht einiger Entscheidungsmotive noch *zusätzlich* in einer *geschlossenen Frage* geprüft. Den Befragten wurden acht Argumente gegen das Finanzpaket vorgelegt, mit denen sie sich "eher einverstanden" oder "eher nicht einverstanden" erklären mussten. In Tabelle 4 ist für jedes Argument die Differenz zwischen "eher einverstanden" und "eher nicht einverstanden" berechnet und zwar getrennt für die Befürworter und die Gegner der Vorlage. Die Höhe der Differenz gibt die dem Argument zugesprochene Bedeutung für die Ablehnung der Vorlage wieder. Es würde also der Anteil der Antworten, die auf "eher nicht einverstanden" lauteten, vom Anteil jener Anteile abgezogen, die auf "eher einverstanden" lauteten. Darum überwiegen die negativen Werte bei den Jasagern. In der letzten Kolonne ist zudem die "Differenz der beiden Differenzen" aufgeführt. Je grösser diese Zahl, je umstrittener das entsprechende Argument, bzw. je weniger sind sich die Befürworter und Gegner in diesem Argument einig:

Was die Gewichtung der Argumente durch die Gegner der Finanzvorlage betrifft, so werden die Ergebnisse unserer offenen Frage weitgehend bestätigt (Tabelle 2). Im Vordergrund stehen diejenigen Argumente, mit denen sich die Nein-Stimmenden aus beiden politischen Lagern identifizieren können (Argument 2 und 3). Als gesamthaft weniger bedeutend erweisen sich hingegen jene Entscheidungsmotive, die nur bei einem bestimmten Teil der Gegnerschaft zum Nein geführt haben (Argument 1 und 6).

Für die Befürworter der Vorlage ist das Finanzpaket weder unsozial noch auf der anderen Seite für die Unternehmer nicht tragbar (Argument 1 und 4). Mit ihren Abstimmungsgegnern sind sie sich am ehesten darüber einig, dass der Staat vermehrte Sparanstrengungen unternehmen sollte und dass der Ansatz bei der Mehrwertsteuer zu hoch angesetzt sei (Argument 6 und 8). Argument 8 (Ansatz Mehrwertsteuer) haben sie sogar befürwortet. Offensichtlich glauben viele, dass die Abstimmungsniederlage mit einem tieferen Ansatz hätte verhindert werden können. Wahrscheinlich zu unrecht, wie wir aus der Gewichtung dieses Argumentes durch die Gegner (Argument 8 an letzter Stelle) schliessen müssen.

Die Befürworter haben der neuen Finanzordnung zugestimmt, weil sie die Sanierung der Bundesfinanzen als dringend und die Einführung der Mehrwertsteuer als kleinstes Übel betrachten. 2/3 aller Befürworter äusserten sich in der offenen Frage nach ihren Entscheidungsmotiven in diesem Sinne. Sie stiessen auf ein doppeltes Nein: auf das Nein gegen eine als unsozial empfundene Steuer und eine Verteuerung des Konsums sowie auf das Nein gegen die Ausgabenpolitik des Bundes. Beide Lager gemeinsam waren nicht zu überstimmen.

Tabelle 4 Das Gewicht der Nein-Argumente

Argument	Finanzpaket		Differenz
	Ja	Nein	
1) Die Mehrwertsteuer ist sozial ungerecht. Sie trifft vor allem die kleinen und mittleren Einkommen sowie die kinderreichen Familien	- 38	57	95
2) Nach Einführung der Mehrwertsteuer würden die Preise wieder steigen und die Inflation weitergeben. Die Konsumenten wären wie immer die Dummen.	- 14	80	94
3) Die Mehrwertsteuer passt schlecht in die heutige, schwierige Wirtschaftslage. In Rezessionszeiten darf man Steuern nicht erhöhen.	- 27	62	89
4) Steuererhöhungen sind im jetzigen Zeitpunkt für die Unternehmer ganz einfach nicht tragbar	- 41	34	75
5) Die Mehrwertsteuer würde den staatlichen Verwaltungsapparat aufblähen und damit die Bürokratie in der Schweiz noch vergrössern.	- 17	51	68
6) Der Staat sollte mit dem Geld haushälterischer umgehen. Man soll dem Staat etwas weniger geben als er nötig hat, sonst mischt er sich immer mehr in Dinge ein, die ihn nichts angehen.	- 6	54	60
7) Es ist zwar ein Vorteil, dass auf niedrigen Einkommen keine direkte Bundessteuer/Wehrsteuer bezahlt werden muss. Mit der Mehrwertsteuer wäre dieser Vorteil verschwunden, ja die Belastung wäre sogar grösser geworden.	- 18	21	49
8) Die Einführung der Mehrwertsteuer wäre im Prinzip keine schlechte Lösung, der Ansatz von 10% ist aber zu hoch.	- 19	24	5

3. Stimmbeteiligung und Abstimmungsresultat

Am 12. Juni gingen 49,6% der Stimmbürger an die Urne. Die Beteiligung war damit eine der höchsten der letzten Jahre. Weil sich bei einer hohen Stimmbeteiligung vor allem jene Gruppen stärker engagieren, die sich im "Normalfall" eher unterdurchschnittlich am politischen Willensbildungsprozess beteiligen, ist von ihnen auch ein Einfluss auf das Abstimmungsresultat zu erwarten.

Solche Gruppen sind erfahrungsgemäss u.a. die Frauen, die jüngeren Stimmbürger, die Westschweizer sowie die Angehörigen unterer Gesellschaftsschichten, oder, wenn wir den Beruf als Schichtkriterium benutzen, die unteren Angestellten/Beamten und die Arbeiter (3). Tabelle 5 zeigt, dass sich die Stimmbürger mit diesen Merkmalen auch in dieser Abstimmung unterdurchschnitt-

Tabelle 5 Stimmbeteiligung nach Merkmalsgruppen

Merkmalsgruppe	Stimm- beteiligung in Prozent	Differenz zum Total	
		12. Juni	13. März
Total	62 (effektiv: 50)		
Mann	66	+ 4	+ 8
Frau	59	- 3	- 9
20-39 Jahre	53	- 9	- 10
40-64 Jahre	71	+ 9	+ 9
65-84 Jahre	65	+ 3	+ 4
Westschweiz	62	—	+ 2
deutsche Schweiz	62	—	- 7
Leitende Angestellte/Beamte und selbständig Erwerbende	73	+ 11	+ 8
Angestellte/Beamte in mittleren Positionen	69	+ 7	+ 4
Untere Angestellte/Beamte	50	- 12	- 2
Landwirte	74	+ 12	+ 11
Arbeiter/manuell Tätige	52	- 10	- 16
Übrige (Rentner, Studenten)	62	—	- 19
CVP	76	+ 14	+ 10
FDP	71	+ 9	+ 16
SP	63	+ 1	+ 8
SVP	81	+ 19	+ 17
LdU	50	- 12	*
LPS	67	+ 5	*
EVP	80	+ 18	*
PdA	47	- 15	*
NA/Rep.	33	- 29	*

* In der Nachanalyse der Abstimmung vom 13. März nicht berechnet

lich beteiligt haben (siehe Differenz zum Total der Stimmbeteiligten). Wenn wir aber die unterproportionale Beteiligung dieser Gruppen mit ihrer Beteiligung in der Abstimmung vom 12. März vergleichen (siehe letzte Kolonne in Tabelle 5), so lässt sich erkennen, dass sich die Frauen, die Westschweizer und die Arbeiter diesmal zumindest "stärker als üblich" beteiligten. Wie wir aus Abschnitt 2 wissen, entsprach das Abstimmungsverhalten der Frauen und der Westschweizer relativ genau demjenigen sämtlicher Stimmbürger. Hingegen dürfte die Beteiligungsquote der Arbeiter das Abstimmungsergebnis deutlich in der Nein-Richtung beeinflusst haben. In dem kürzlich veröffentlichten Forschungsbericht über Ursachen der Stimmabstinenz (Bericht Neidhart) wurden nur 24% der befragten Arbeiter als regelmässige Urnengänger identifiziert (gegenüber 56% der Arbeitgeber und freiberuflich Tätigen). In unserer Umfrage erklärten hingegen 52% der Arbeiter, an der Abstimmung teilgenommen zu haben. Auch wenn wir berücksichtigen, dass die Stimmbeteiligung in unserer Umfrage 12% über dem tatsächlichen Wert liegt, besteht kein Zweifel darüber, dass sich die Arbeiter diesmal überdurchschnittlich engagiert haben. Auf der anderen Seite ist es scheinbar nicht gelungen, eine andere, potentiell schwach partizipierende Gruppe, die der Vorlage eher freundlich gesinnten unteren Angestellten/Beamten, in gleichem Masse zur Stimmabgabe zu bewegen. Angesichts der klar negativen Haltung der Arbeiter hat sich die höhere Stimmbeteiligung somit mit grosser Wahrscheinlichkeit zugunsten des Nein Stimmen-Anteils ausgewirkt.

4. Kenntnisstand und Meinungsbildung

Über 95% sämtlicher Befragter, also auch jener, die sich am 12. Juni nicht an die Urne begeben hatten, konnten sich in einer einleitenden Frage an das Abstimmungsthema erinnern. Der Prozentsatz ist ausserordentlich hoch. Er ist nicht nur Ausdruck des grossen Interesses, das man der Vorlage ganz allgemein entgegenbrachte, sondern ebenso der Tatsache, dass sich kaum jemand der Abstimmungspropaganda entziehen konnte. Dennoch hat sich eine Mehrheit gegen die Empfehlung des Bundesrates und der wichtigsten politischen Organisationen gestellt. Wie weit war dafür die Unkenntnis der Vorlage oder der von wichtigen Referenzgruppen ausgegebenen Abstimmungsparole verantwortlich?

Die Art und Weise wie die Befragten die Vorlage umschrieben, zeigt, dass wahrscheinlich höchstens 1/4 aller Stimmbürger das steuertechnische Prinzip der neuen Finanzvorlage begriffen haben (Berechnungsweise und Satz der Mehrwertsteuer; neue Ansätze und Freigrenze bei der Wehrsteuer). Dennoch wussten die Stimmbürger recht gut, um was es am 12. Juni ging. 38% der Befragten definierten die Vorlage richtig mit den von ihr angestrebten Zielen (Sanierung der Bundesfinanzen, Erschliessung einer neuen Einnahmequelle).

Weitere 20% verknüpfen damit Konsequenzen, die nicht grundsätzlich, sondern nur in ihrem Ausmass umstritten sind (z.B. Preissteigerungen). Nur gerade 12% der Befragten sahen sich nicht in der Lage, mindestens die Ziele oder mögliche Konsequenzen der Vorlage anzugeben, und nur 4% umschrieben sie eindeutig falsch. Auffallend ist allerdings die Tatsache, dass kaum jemand auf die in der Finanzvorlage eingebettete Wehrsteuerreform hinwies. Die neue Finanzordnung wurde weitgehend mit der Mehrwertsteuer identifiziert. Relativ schlecht bekannt waren die Abstimmungsparolen der Parteien:

Tabelle 6 Kenntnis der Parteiparolen

Partei	Parole	Richtig	Falsch	Weiss nicht
CVP	Ja	66	16	18
FDP	Ja *	63	14	23
SP	Ja *	66	25	8
SVP	Ja *	51	25	24
LdU	Nein	33	33	34
LPS	Ja	43	15	42
EVP	Ja *	20	20	30
PdA	Nein	59	18	23
NA/Rep.	Nein	67	33	—

* Einzelne Kantonalparteien mit Nein Parole

Im Durchschnitt konnten sich weniger als 2/3 der Parteisympathisanten richtig an die Parole ihrer Partei erinnern. Bei einigen befürwortenden Parteien mag sich ausgewirkt haben, dass ein Teil ihrer Kantonalparteien die Nein-Parole beschlossen hatte. Wahrscheinlich haben aber viele Stimmbürger in dieser Abstimmung zum vornherein darauf verzichtet, sich an irgendwelchen Empfehlungen zu orientieren. Das Nein gegen Steuererhöhungen bedurfte keiner Legitimation. Parteiparolen wurden ignoriert.

Ob eine von der gesamtschweizerischen Partei abweichende Parole der Kantonalpartei das Abstimmungsverhalten der entsprechenden Parteisympathisanten nicht dennoch beeinflusste, versuchten wir am Beispiel dreier Parteien (FDP, SVP, SP) in drei Kantonen abzuklären. Dabei stiessen wir allerdings auf die Grenzen unserer Stichprobengrösse. Die Anzahl Nennungen in den einzelnen Antwortkategorien ist derart gering, dass Zufälligkeiten das Resultat stark beeinflusst haben könnten.

Tabelle 7 Der Einfluss abweichender Parolen einzelner Kantonalparteien

Kantonalpartei mit Nein-Parole	Kanton	Anzahl Nennungen	Anteil an Ja Kantonalpartei	CH-Partei
FDP	BE	5	20	40
	AG	3	0	40
SVP	AG	2	50	50
SP	GE	3	0	48

Auch wenn wir die Ergebnisse mit der nötigen Vorsicht interpretieren, scheint doch recht klar daraus hervorzugehen, dass die Nein-Parole von Kantonalparteien nicht ohne Wirkung geblieben ist. Sie hat allen jenen gefühls- und interessenmässig zum Nein tendierenden Parteianhängern die Hemmungen genommen, sich gegen ihre Partei auszusprechen.

Der 12. Juni war ein schwarzer Tag für das Bundeshaus und die meisten Parteien und Wirtschaftsverbände. Diese Feststellung bedarf keiner weiteren statistischen Untermauerung. Wir haben den tatsächlichen Einfluss der wichtigsten politischen Bezugsgruppen auf das Stimmverhalten aber noch zu differenzieren versucht. Auf einer Karte wurden den Befragten Bezugsgruppen vorgelegt, die sich meistens vor einer Abstimmung vernehmen lassen. Dabei war anzugeben, auf welche man in der Regel hört, bzw. wessen Ansicht man für die wichtigste erachtet.

In Tabelle 8 haben wir das Stimmverhalten der jeweiligen "Anhänger" einer bestimmten Bezugsgruppe wiedergegeben. In gleicher Weise wurden auch die wichtigsten Kommunikationsmittel analysiert, über die die Befragten nach ihren eigenen Angaben die für sie wichtigen Empfehlungen bezogen haben:

Von allen Stimmbürgern, die ihr Urteil in der Regel auf eine bestimmte Bezugsgruppe stützen, haben nur die 3% Sympathisanten von Arbeitgeberverbänden sich mehrheitlich für die Finanzvorlage ausgesprochen. Bei den Arbeitnehmerverbänden scheint sich hingegen ausgewirkt zu haben, dass einige Gewerkschaftskartelle sich klar zum Nein bekannt hatten. Den Anhängern gewerblicher Verbände hat die Stimmfreigabe des Gewerbeverbandes den Nein Entscheid zweifellos erleichtert. Dazu kommt, dass einige Fachverbände zum vornherein gegen die Mehrwertsteuer Stellung bezogen.

Tabelle 8 Der Einfluss wichtiger Bezugsgruppen auf das Stimmverhalten

Bezugsgruppe/ Kommunikationsmittel	Anteil an Nennungen (Mehrnennungen möglich)	Anteil Ja zum Finanzpaket
Parteien	39	45
Bundesrat	27	46
Gewerbliche Organisationen	8	36
Arbeitnehmerorg.(Gewerkschaften)	7	47
Bäuerliche Organisationen	4	47
Arbeitgeberorg.(Handel/Industrie)	3	57
Frauenorganisationen	1	38
Andere/Keine	28	25
Zeitungen	57	39
Fernsehen	51	41
Radio	21	43
Anschlag/Plakate/Flugblätter	8	27
Diskussion (Familie, Freunde etc.)	8	38
Amtliche Mitteilungen (Botschaft)	4	60
Arbeitsplatz	1	0

Das Resultat der Parteien ist in dieser Form wenig aussagekräftig. Der Landesring und einige kleinere Parteien hatten die Nein Parole ausgegeben (f. die Parteien s. Tabelle 1 und 6). Die sieben Bundesräte (Fernsehen und Radio) bildeten dagegen eine nicht zu übersehende, geschlossene Front. Wer Aufwand und Ertrag einander gegenüberstellt, lässt sich von "seinen" 46% sicher am wenigsten überzeugen. Fast scheint es, als ob im Bundeshaus diesmal zu viel des Guten getan worden sei. Wo allerdings die "goldene Mitte" liegt, ist schwer abzuschätzen.

Die grossen Massenmedien haben den Abstimmungsentscheid nicht in eine bestimmte Richtung beeinflusst. Die Ja Anteile ihrer "Kunden" entsprechen dem tatsächlichen Abstimmungsergebnis. Hingegen haben alle jene Stimmbürger, die ihre Abstimmungsempfehlung hauptsächlich von Plakaten und Flugblättern bezogen, sich deutlich gegen die Finanzvorlage ausgesprochen. Dabei spielt sicher mit, dass sich kleinere, weniger etablierte Parteien, die diesmal mehrheitlich für ein Nein plädierten, häufiger der Flugblattpropaganda be-

dienten. Dennoch wäre es natürlich interessant abzuklären, ob von den Abstimmungsplakaten der beiden Lager eine signifikant unterschiedliche Wirkung ausgegangen ist. Der diesmal über den üblichen Rahmen hinausgehende amtliche Begleittext zur Vorlage hat sein Ziel zwar in dem Sinne erreicht, als er eine Mehrheit der Leser von der Notwendigkeit eines Ja zu überzeugen vermochte. Eine spürbare Wirkung auf das Abstimmungsresultat ist von ihm aber kaum ausgegangen. Nur gerade 4% der Befragten wollen sich u.a. an seinem Inhalt orientiert haben.

Der grosse Einsatz zugunsten der neuen Finanzvorlage hat sich für die im Abstimmungskampf Engagierten nicht gelohnt. Ist es den Befürwortern aber zumindest gelungen, eine noch deutlichere Niederlage zu verhindern? VOX hat die Einstellung der Stimmbürger zur Mehrwertsteuer in drei Umfragen vor dem 12. Juni zu erfassen versucht. Im August 1976, im Oktober 1976 und im Februar 1977 wurden je 700 Stimmbürger darüber befragt, wie sie sich verhalten würden, wenn sie am folgenden Wochenende über die Einführung einer Mehrwertsteuer zu befinden hätten. Tabelle 9 zeigt die Stimmenverhältnisse in den drei Voranalysen sowie das tatsächliche Resultat vom 12. Juni. Zum besseren Vergleich der Resultate wurde in den drei Voranalysen der Anteil an noch Unentschlossenen im Verhältnis der Ja/Nein Stimmen auf die beiden Kategorien aufgeteilt (Tabelle: Ja/Nein korrigiert):

Tabelle 9 Die Entwicklung der Einstellung zur Mehrwertsteuer

Zeitpunkt der Befragung	Ja	Nein	Unentschlossen	Ja	Nein
	(in Prozent)			(korrigiert)	
August 1976 (MWSt)	31	43	26	42	58
Oktober 1976 (MWSt)	30	52	18	37	63
Februar 1977 (MWSt)	26	35	39	43	57
12. Juni (Finanzpaket)				40	60

Angesichts der Tatsache, dass es sich bei den drei Voranalysen um getrennte Stichproben handelt und dass beim Vergleich der Resultate eine gewisse Fehlermarge mitzubersichtigen ist, darf von einer nahezu unveränderten Einstellung der Stimmbürger zur Mehrwertsteuer gesprochen werden. Dies heisst natürlich nicht, dass die Ja Propaganda ohne Wirkung geblieben ist. Sie hat aber nur dazu gereicht, das Nein der Gegner zu neutralisieren.

Offensichtlich haben es die Gegner der Finanzvorlage verstanden, das Finanzpaket aufzuschnüren und den Stimmbürgern die "nackte" Mehrwertsteuer zu präsentieren. In zwei Umfragen, die vor dem eigentlichen Beginn des Abstimmungskampfes durchgeführt wurden (August und Oktober 76), hatte sich eine Mehrheit der Befragten gegen die Mehrwertsteuer ausgesprochen. Wenn ihnen aber das Finanzpaket als Ganzes präsentiert wurde und wir insbesondere darauf hinwiesen, dass mit der gleichzeitigen Reform der Wehrsteuer eine Mehrheit der Bevölkerung entlastet oder gänzlich von direkten Bundessteuern befreit würde, verschoben sich die Gewichte. 56%, bzw. 53% befürworteten eine derartige Finanzreform (Anteile korrigiert mit dem Anteil an noch Unentschlossenen). Wie stark die neue Mehrwertsteuer eine Haushaltung belastet und wie weit die Wehrsteuerreform diese Mehrbelastung kompensiert, war allerdings in der Propaganda umstritten.

5. "Was nun?"

Die Lösungspräferenzen der Gegner des Finanzpaketes

Die Analyse der Abstimmung vom 12. Juni macht klar, dass es den einen und richtigen, in allen Lagern Zustimmung findenden Ausweg gar nicht geben kann. Allzu viele Kräfte verschiedenster Art und Richtung haben die Ablehnung der Finanzvorlage bewirkt. Mit der Ausgabenbremse allein kann das Problem der Sanierung des Bundeshaushaltes sicher nicht gelöst werden. Auch von den Gegnern der Vorlage ist eine Mehrheit der Ansicht, der Bund habe zusätzliche Einnahmen nötig. In unserer Umfrage haben sich auf eine entsprechende Frage 47% aller Nein-Stimmenden für und nur 37% gegen eine Erhöhung der Bundeseinnahmen ausgesprochen. Wie aber sollen diese Mittel beschafft werden?

Wir haben sämtlichen Gegnern der Finanzvorlage vom 12. Juni, und zwar sowohl Urnengängern wie Nicht-Urnengängern, einen Katalog von Lösungsvorschlägen vorgelegt. Die Befragten mussten für jeden Vorschlag angeben, ob sie diesen als "sehr gut", "ziemlich gut" oder "eher ungünstig" betrachteten. In Tabelle 10 sind die verschiedenen Alternativen in der Reihenfolge ihrer Beliebtheit aufgeführt. Die Rangordnung basiert auf einem Index, den wir als Differenz zwischen dem Anteil an "sehr gut" und "eher ungünstig" berechneten. Angegeben sind jeweils auch die Indexwerte getrennt nach Urnengängern und Nicht-Urnengängern sowie die zu der entsprechenden Lösung besonders positiv eingestellten Merkmalsgruppen. Je höher der Indexwert, je günstiger wird die entsprechende Lösung beurteilt.

Drei der von uns vorgeschlagenen Lösungen wurden anlässlich unserer Befragung der Gegner der Finanzvorlage unterstützt: Die wirksamere Bekämpfung der Steuerhinterziehung, die Einführung einer Reichtumssteuer sowie die Erhöhung der Vermögenssteuern (stärkere Belastung der Kapitalien grösserer

Tabelle 10 Die Beliebtheit verschiedener Lösungsvorschläge

Lösung	Indexwert		Merkmalsgruppen		
	Total	Urnengänger	Nicht-Urnengänger	Positiv	Negativ
1) Wirksamere Bekämpfung der Steuerhinterziehung (verschärfte Strafen/Bankgeheimnis teilweise liften)	41	43	39	Westschweizer (58) untere Ang./Beamte (63) SP (57); PdA (86)	Bauern (-21) FdP (2); LPS (0)
2) Einführung einer "Reichtumssteuer"/ stärkere Belastung der höheren Einkommen	31	28	38	Westschweizer (56) SP (57); Pol. nicht. L. (58)	FdP (-6); SVP (-1) Leitende Ang. (5)
3) Erhöhung der Vermögenssteuern/stärkere Belastung der Kapitalien grösserer Unternehmen	14	11	19	Stadt (23) Mittlere Ang. (30) SP (31); PdA (43)	Land (-1) Landwirte (-26) FdP (-4); LPS (-15)
4) Mehrwertsteuer, jedoch mit einem tieferen Ansatz als 10%	- 26	- 25	- 27	CVP (0); FdP (-8)	LPS (-61)
5) Erhöhung anderer indirekter Steuern (z. B. der Bier-, Tabak- oder Benzinsteuer)	- 30	- 32	- 26	Leitende Ang. (-15) FdP (-15)	Untere Ang. (-63) PdA (-50)
6) Erhöhung der Warenumsatzsteuer/Verkleinerung der Freigrenze bei der WUST	- 39	- 35	- 45	SVP (0) Mittlere Ang. (-24)	PdA (-58)
7) Erhöhung der AHV- und IV-Beiträge, also der Lohnprozente für die Sozialversicherung	- 63	- 66	- 57	65-84 J. (-40)	
8) Erhöhung der Wehrsteuer/direkten Bundessteuer	- 74	- 74	- 74	Landwirte (-63) Rentner/Studenten (-53)	

Unternehmen). Die wirksamere Bekämpfung der Steuerhinterziehung findet mit einer Ausnahme (Landwirte!) die Unterstützung sämtlicher Merkmalsgruppen. Die beiden anderen Vorschläge würden hingegen in einem der beiden wichtigsten Nein Lager auf harten Widerstand stossen.

Die vom Bundesrat in seinem neuen Finanzprogramm als Sofortmassnahme ins Auge gefasste Erhöhung der Warenumsatzsteuer erfreut sich keiner besonderen Beliebtheit (Index: -45). Im Gegensatz zu anderen Lösungen stösst diese aber nicht in ein finanzpolitisches Wespennest. Bei den Merkmalsgruppen, die am stärksten gegen die Erhöhung der Warenumsatzsteuer opponieren, sind weder die Vertreter des "linken" noch des "rechten" Nein vom 12. Juni zu finden. Was die ebenfalls vorgesehene Erhöhung der Stempelabgabe und der Tabaksteuer betrifft, ist es mit unseren Ergebnissen recht schwierig, deren Beliebtheit abzuschätzen. Zwar stösst auch die "Erhöhung anderer direkter Steuern" auf wenig Gegenliebe (Index: -26). Unser Lösungsvorschlag ist aber recht allgemein formuliert. Es ist anzunehmen, dass sich bei einer präzisierenden Einschränkung auf die Stempel- und Tabaksteuer der Anteil an negativen Äusserungen reduzieren würde.

Am entschiedensten abgelehnt wird die Erhöhung der direkten Bundessteuer sowie eine Erhöhung der Lohnprozente für die Sozialversicherung. Eine neue Steuer wird dann unterstützt, wenn sie die "anderen" belastet. Die grössten Chancen besitzen darum jene Vorschläge, die nur eine Minderheit der Stimmbürger treffen. In diesem Lichte kann die äusserst positive Haltung zum verstärkten Kampf gegen die Steuerhinterziehung nicht verwundern. Ob ein solcher "Konsens" allerdings genügt, um das Loch in der Bundeskasse zu stopfen, ist eine andere Frage.

Anmerkungen

- (1) siehe dazu P. Gilg, "Wer brachte das Steuerepaket zu Fall" u.a. in: Bund, 170, 23.7.77, S. 2; Basler Zeitung, 169, 23.7.77, S. 13/14 (zu beziehen im Forschungszentrum für schweizerische Politik, Universität Bern)
- (2) Zum Begriff der "Politischen Integration" und zur Art der Berechnung s. "Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 12./13. März", S. 4/5
- (3) Siehe z.B. die Ergebnisse von J. Nicola "L'abstentionnisme en Suisse" in Sidjanski/Roig/Kerr/Inglehart/Nicola "Les Suisses et la Politique", Berne, 1975

DER BUNDESBESCHLUSS ÜBER DIE STEUERHARMONISIERUNG

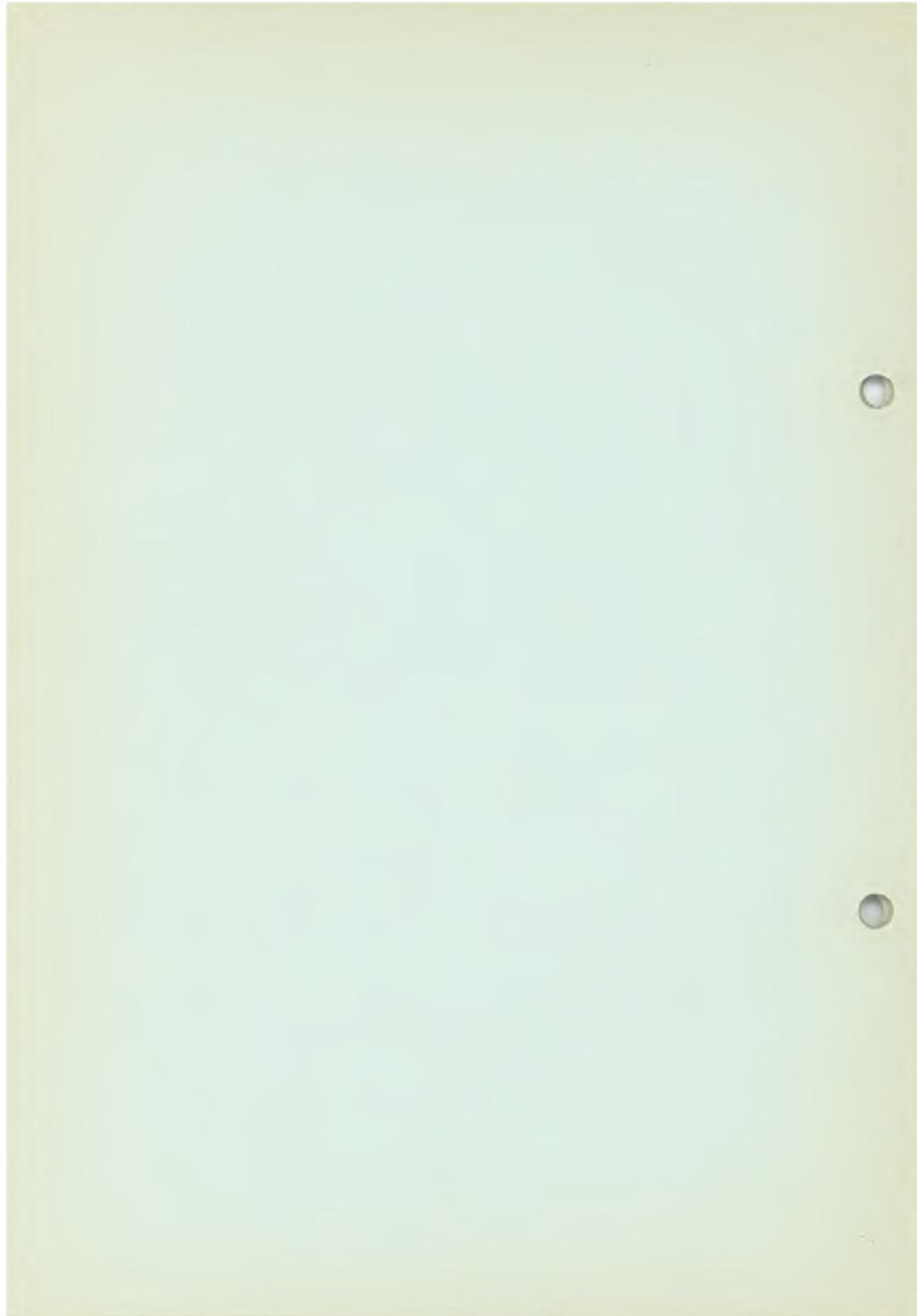
Die Abstimmung über die Steuerharmonisierung stand ganz im Schatten des Finanzpaketes. 1/4 der Befragten konnten sich in einer einleitenden Frage nach den beiden Themen der letzten Abstimmung nicht mehr an diese erinnern. Entsprechend gross ist auch der Anteil der Stimmbürger, die nicht wussten, wie sich der Souverän in dieser Frage entschieden hatte. Während beim Finanzpaket nur gerade 7% eine entsprechende Frage falsch oder überhaupt nicht beantworten konnten, waren es bei der Steuerharmonisierung über 30%.

Ganz allgemein haben die Befürworter des Finanzpaketes auch die Steuerharmonisierung unterstützt. 87% der Ja-Stimmenden beim Finanzpaket sprachen sich auch für die zweite Vorlage aus. Dagegen entschieden sich 64% der Gegner des Finanzpaketes für die Steuerharmonisierung.

Von den verschiedenen Merkmalsgruppen haben die Westschweizer, die unteren Angestellten/Beamten, die Anhänger der Liberalen Partei und die politisch schlecht Integrierten am stärksten opponiert. Ihr Nein konnten allerdings die wenigsten richtig begründen. 40% der Gegner wussten auf eine entsprechende Frage keine Antwort; weitere 24% antworteten völlig undifferenziert ("schlechte Lösung" etc.). Aus den wenigen, inhaltlich fassbaren Entscheidungsmotiven sticht anteilmässig ein einziges hervor: 7% wandten sich gegen eine Beschränkung der kantonalen Steuerhoheit. Nur gerade 1% der Befragten haben die Vorlage abgelehnt, weil sie eine echte materielle Harmonisierung vorgezogen hätten.

Was sich mit der angenommenen Vorlage ändern würde, wusste allerdings nur ein kleiner Teil der Stimmbürger. 47% der Urnengänger waren nicht in der Lage, die Abstimmungsvorlage zu umschreiben ("Weiss nicht": 43%; falsche Umschreibung: 4%). Für 17% kommt es mit der Annahme des Bundesbeschlusses zu einer eigentlichen Vereinheitlichung des schweizerischen Steuerwesens. Sie glaubten offensichtlich, dass auch die Bestimmung der Steuertarife und der Steueransätze Sache des Bundes werde. Nur gerade aus 22% der Antworten lässt sich erkennen, dass die Befragten wussten, über was genau sie entschieden hatten.

Von den wichtigsten politischen Bezugsgruppen und Kommunikationsmitteln ist kein Einfluss in eine bestimmte Richtung ausgegangen. Wie beim Finanzpaket waren auch hier die Parteiparolen rund einem Drittel der Parteisympathisanten unbekannt. Von den wenigen, im Abstimmungskampf aufgetauchten Argumenten gegen die Steuerharmonisierung hat offensichtlich keines richtig zu überzeugen vermocht. Wahrscheinlich haben sich viele Stimmbürger von ihrem Ja zur Steuerharmonisierung das erhofft, was sie im Finanzpaket vergeblich suchten: den eigenen, materiellen Vorteil.



Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 11./12. Juni 77

Zusammenfassung der Hauptergebnisse

Wer das Stimmungsbild in den letzten Wochen vor der Abstimmung verfolgt hatte, konnte vom negativen Ergebnis nicht überrascht sein. In der *Auslegung* des Resultats sind jedoch Gegner und Befürworter keineswegs einig. Teilte das Steuerpaket ganz einfach das Los der meisten bisherigen eidgenössischen Finanzvorlagen, deren Schicksal es nun einmal ist, im ersten Anlauf zu scheitern? Oder ging das Nein tiefer? Um den Hintergründen des Abstimmungsentscheides nachzugehen, haben die *Schweizerische Gesellschaft für praktische Sozialforschung* und das *Forschungszentrum für Schweizerische Politik* eine repräsentative Umfrage veranstaltet. Im folgenden seien die wichtigsten Resultate zusammengefasst: Verteilung der Ja und Nein auf wichtige Bevölkerungsgruppen wie Alter, Geschlecht, Sprache, Erwerbsgruppen, Parteien; Motive der Befürworter und Ablehnenden; Einfluss des Abstimmungsverlaufes und der Stimmbeteiligung auf das Resultat.

Die Gegner rekrutierten sich hauptsächlich aus zwei sozial und politisch entgegengesetzten Erwerbsgruppen, aus den Selbständigen und höheren Angestellten einerseits, aus Arbeitern andererseits.

Befürworter und Gegner verteilten sich bei der Abstimmung im Verhältnis von ca. 40% zu 60%. In der Befragung wollten aber nur 37% zum Ja stehen. Einige Gruppen ragen nun deutlich mit einem massiven Nein- oder einem beträchtlichen Ja-Überschuss über die durchschnittliche Differenz zwischen Ja und Nein von 20% hinaus. Je mehr z.B. der Nein-Anteil den Ja-Anteil übersteigt, desto deutlicher lässt sich erkennen, in welchen *Kreisen* sich die *Opposition* konzentrierte; z.B. 25% mehr Nein in den städtischen Agglomerationen, 31% bei den 20 - 40jährigen, 30% bei den Selbständigen und Kadern, 34% bei den Arbeitern, 38% bei Rentnern und Studenten, 42% bei den Anhängern von Parteien mit Nein-Parolen (100% bei der PdA und den Nationalen/Republikanern), 48% bei den Parteilosen. — Unter den *Befürwortern* ragten mit einem Ja-Überschuss nur zwei Erwerbsgruppen heraus: die unteren Angestellten mit 4% und die Landwirte mit 15%. Bei den *Bundesratsparteien* waren es SPS (+ 2%) und SVP (+ 7%). Nach unserer Stichprobe überstimmten im ersten Fall die

Staatsangestellten die Industriearbeiter, im zweiten die Bauern die Gewerbler. Als einzige Bundesratspartei wiesen die Freisinnigen einen Neinüberschuss auf; mit nur 14% lag er freilich unter dem Durchschnitt von 20%.

Die Gegner stimmten aus sehr unterschiedlichen Motiven Nein.

Es entspricht der sozialen Uneinheitlichkeit der Opposition, dass sie sich von ganz *verschiedenen Motiven* leiten liess. Dies hat VOX aufgrund von sogenannten *offenen Fragen* feststellen können; die Befragten konnten dabei spontan ihre wichtigsten Gründe für Ablehnung oder Zustimmung mitteilen. Man kann auch in dieser Hinsicht ganz deutlich ein *politisch "rechtes" und "linkes" Nein* erkennen. Das erste war motiviert durch die Überzeugung, der Bund solle gezwungen werden, sein Defizit durch noch drastischere Sparmassnahmen zu beseitigen (25% aller Befragten). Kein Wunder, dass hier die wirtschaftliche Oberschicht und der Freisinn (38% aller seiner Anhänger) hervorstechen. Es handelt sich hier um Gegner, die von den neuen Steuern nicht sonderlich betroffen worden wären.

Das "*linke Nein*" muss dagegen als Veto gegen befürchtete Preiserhöhungen und als Abwehr gegen eine befürchtete Inflationswelle verstanden werden. Die Opposition galt vor allem der von der Gegenpropaganda als unsozial verschrieenen *Mehrwertsteuer (MWSt.) an sich*. Insgesamt 40% der Befragten nannten diese Argumente an erster Stelle, besonders Hausfrauen und Arbeiter. Die Neinsager gaben sich freilich nicht Rechenschaft darüber, dass der Bund seine preisverbilligenden Subventionen ohne neue Einnahmen nicht mehr wie bisher ausrichten kann.

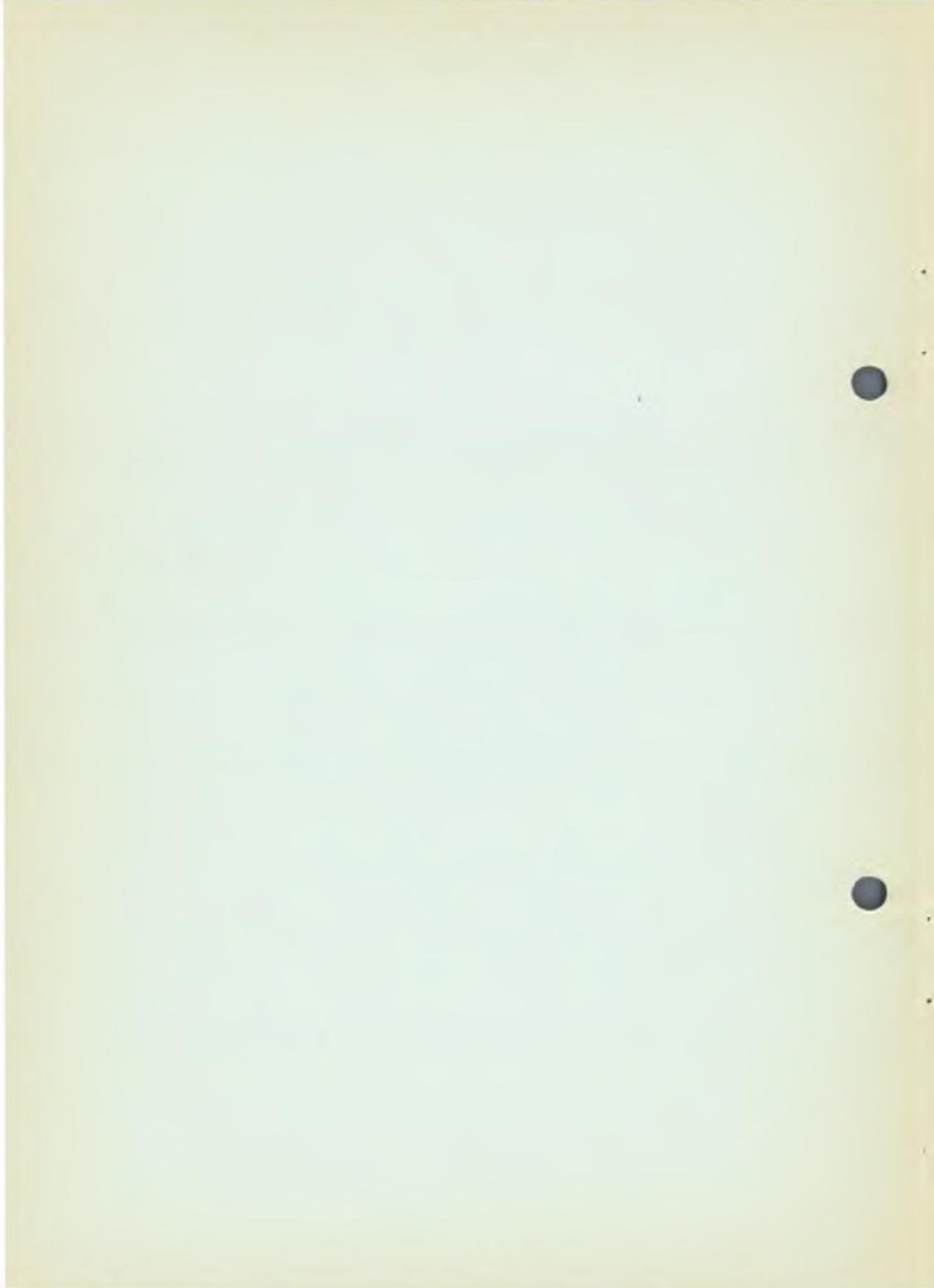
Das *Abstimmungsergebnis* beweist also in dieser Beziehung *zweierlei*: Wer wie z.B. die Bergbauern über die ihnen zufließenden Bundessubventionen genau orientiert war, neigte eher zu einem Ja als der Durchschnittsbürger, der kaum in Anschlag bringt, dass die heute noch ausbezahlten Preisverbilligungen (z.B. für Brot und Milchprodukte) und der Wegfall der Zölle sein Budget stark entlasten. — Als ablehnendes Motiv wurde der 10%-Satz der MWSt. kaum je geltend gemacht; ebensowenig der propagandistisch hochgespielte Vorwurf, in der Rezession dürfe man keine neue Steuern erheben.

Wie tief die Misstrauensmotive sitzen wurde übrigens bestätigt, wenn man den Befragten formulierte Meinungen zur Auswahl vorlegte, mit denen sie sich "mehr" oder "weniger einverstanden" erklären konnten. Auch hier stach am auffallendsten die Angst hervor, mit der MWSt. werde die Inflation angekurbelt (80% der Neinsager). Bei den *Jasagern* besaßen alle diese Motive kaum Gewicht. Sie geben der MWSt. sogar für die Zukunft eine Chance, wenn sie weniger als 10% beträgt. Im übrigen war ihr Ja in erster Linie aus staatspolitischen Einsichten motiviert. Sie wollen den Staat durch Bewilligung neuer Mittel instand setzen, gerade jene Aufgaben zu erfüllen, die er nicht ohne weiteres von sich abschütteln kann. Es ist nebenbei bezeichnend, dass die Neinsager

kaum wirklich realisierbare *Alternativvorschläge* zur Erschliessung neuer Steuerquellen zu machen wussten.

Abstimmungskampf und Stimmbeteiligung

Auch in dieser Untersuchung wollten nachträglich prozentual bedeutend mehr Befragte an der Abstimmung teilgenommen haben (62%), als es in Wirklichkeit der Fall war (ca. 50%). Immerhin zählt heute eine zur Hälfte besuchte Abstimmung schon zu den gut frequentierten. Es lässt sich nachweisen, dass gerade Neinsagergruppen wie die Arbeiter durch ihre fast doppelt so hohe Beteiligung (52 statt wie üblich 25%) einen spürbaren Anteil am negativen Abstimmungsergebnis gehabt haben. Die um 10% schwächere Beteiligung der unteren Staatsangestellten dürfte im entgegengesetzten Sinne gewirkt haben. Eine massiv *höhere Beteiligung* hätte am negativen Ausgang wohl kaum etwas geändert, da die *negative Propaganda* ein grosses Echo fand. Sie verstand es, das Finanzpaket aufzuschnüren und den Stimmbürgern die MWSt. *isoliert* zu präsentieren. So wurde gleichzeitig die Reform der *Wehrsteuer*, welche eine Mehrheit der Steuerzahler entlastet hätte, derart in den Hintergrund gedrängt, dass die davon profitierenden sozialen Schichten diese Erleichterung nur ausnahmsweise wahrnahmen.



Analyse des votations fédérales du 11/12 juin 77

Récapitulation des résultats principaux

Quiconque a été attentif aux mouvements de l'opinion publique du pays dans les dernières semaines avant la votation de juin ne pouvait être surpris de l'issue négative du scrutin. Partisans et adversaires du projet divergent toutefois quant à l'interprétation du résultat. Le "paquet financier" a-t-il seulement connu le sort malheureux de la plupart des projets similaires de la Confédération, à savoir de manquer son premier passage devant le peuple, ou bien l'attitude négative de l'électeur exprimait-elle quelque chose de plus profond? Dans le but de dégager les mobiles qui ont motivé l'électeur, la Société suisse de recherches sociales pratiques et le Centre de recherche de politique suisse ont procédé à une enquête scientifique, à échantillon représentatif, dont les principaux résultats que voici portent sur: la distribution des "oui" et des "non" selon les structures démographiques importantes telles que l'âge, le sexe, la langue, le secteur d'activité économique et l'allégeance à un parti politique; les motifs des partisans et des adversaires du projet; l'influence du déroulement de la campagne référendaire et de la participation au scrutin sur le résultat.

Les adversaires proviennent principalement de deux milieux économiques socialement et politiquement opposés, les indépendants et les cadres salariés d'une part, les ouvriers d'autre part.

Si le résultat du vote donne 40% de partisans et 60% d'opposants, l'enquête ne révèle plus que 37% de "oui". Alors qu'en moyenne, la différence entre "oui" et "non" est donc de 20% en faveur des adversaires, il apparaît manifestement que certains groupes concentrent sur eux un excédent considérable de "non" ou au contraire un surplus important de "oui". Dès lors l'identification des milieux de l'opposition est d'autant plus aisée que forte la différence entre pourcentages de "oui" et de "non". C'est ainsi que l'excédent de "non" est de 25% dans les agglomérations urbaines, de 31% dans la classe d'âge des 20 à 40 ans, de 30% chez les indépendants et cadres, de 34% chez les ouvriers, de 38% chez les retraités et les étudiants, de 42% chez les adhérents et sympathisants des partis politiques qui se sont prononcé contre le projet (100% dans le Parti du travail, dans l'Action nationale et chez les républicains), 48% enfin chez les citoyens sans affinité partisane.

Parmi les partisans du projet, deux catégories professionnelles seulement se distinguent par un excédent de "oui": les petits salariés (excédent: 4%) et les agriculteurs (15%). Dans les partis gouvernementaux, représentés au Conseil fédéral, ce même excédent apparaît chez les socialistes (+ 2%) et dans l'Union démocratique du centre (+ 7%). Notre échantillon révèle que, dans le premier cas, le personnel de la fonction publique fournit un excédent supérieur à celui des salariés de l'industrie et, dans le second, les paysans un excédent supérieur à celui des artisans. Seule des quatre formations gouvernementales, le parti radical se prononce avec un excédent de "non". S'élevant à 14%, ce surplus négatif est toutefois inférieur, on le voit, à la moyenne nationale de 20%.

Les motifs de refus sont des plus divers

Il est conforme à l'hétérogénéité sociale de l'opposition qu'elle ait été guidée par des motifs très différents. VOX a pu le constater à partir des questions dites ouvertes. Grâce à celles-ci, les personnes interrogées ont été à même de donner les principales raisons de leur attitude positive ou négative. Un double "non" d'inspiration politique, l'un de "droite", l'autre de "gauche", s'y distingue très nettement. Le premier était motivé par la conviction qu'il faut forcer la Confédération à combler son déficit par des mesures d'économie encore drastiques (25% de toutes les personnes interrogées). Il n'est pas du tout étonnant qu'ici la classe économique dirigeante et les radicaux (38% de l'ensemble de ses partisans) se mettent en évidence. Il s'agit là d'adversaires qui n'auraient pas été particulièrement touchés par la perception des nouveaux impôts.

En revanche, il faut interpréter le "non" de la gauche comme l'expression d'une crainte face à des hausses de prix et comme un réflexe de défense contre une nouvelle poussée inflationniste. Ici, l'opposition a été surtout sensible à la contrepropagande qui qualifiait la taxe à la valeur ajoutée (TVA) d'antisociale. De l'ensemble des personnes interrogées, 40%, ménagères et ouvriers spécialement, ont donné la priorité à ces arguments. A cet égard, il est clair que les opposants ne se sont pas rendu compte que la Confédération ne peut plus, sans nouvelles recettes, maintenir les subventions qu'elle allouait jusque-là afin de comprimer les prix de certains produits.

Sous ce rapport, le résultat de la votation est ambivalent. Celui qui, tel le paysan de montagne, était parfaitement au courant des subventions fédérales qu'il touchait, penchait davantage pour le "oui" que le Suisse moyen qui ne s'est guère préoccupé du fait que les subventions encore versées de nos jours en faveur de certains articles (comme le pain et les produits laitiers) ainsi que l'abolition des droits de douane déchargeaient très sensiblement son propre budget.

Parmi les motifs de rejet, le taux de 10% fixé à la TVA n'a guère été invoqué; il en est de même du reproche, largement explité durant la campagne par les opposants, selon lequel on ne doit pas percevoir de nouveaux impôts en période de récession.

Quant aux raisons de refus inspirées par la méfiance, elles se confirment quand on demande aux personnes interrogées de choisir certaines opinions préalablement formulées et d'y répondre en disant si elles sont "plus" ou "moins" en accord avec leur propre façon de penser. Le fait le plus frappant, ici aussi, est la crainte que la TVA ne provoque une nouvelle flambée d'inflation (80% des rejetants). Pour les acceptants au contraire, ces divers arguments ne comptent que très peu. Ils considèrent que la TVA a une chance d'être adoptée demain si elle est inférieure à 10%. Pour le reste, leur "oui" est essentiellement motivé par des raisons d'ordre politique. Ils veulent qu'en autorisant l'Etat à recourir à de nouvelles ressources, celui-ci soit à même de remplir les tâches dont il ne saurait se décharger sans autre forme de procès. En outre, il est significatif de constater la difficulté avec laquelle les rejetants étaient capables de proposer des solutions de rechange réalistes en vue de trouver de nouvelles ressources fiscales.

Campagne référendaire et participation au scrutin

L'enquête montre également que, d'après les personnes interrogées, la participation au scrutin aurait dû être bien supérieure (62%) à celle qu'elle a été en fait (50% environ). Ce dernier chiffre, représentant la moitié de l'électorat, apparaît néanmoins de nos jours comme satisfaisant. Il apparaît que certains groupes de rejetants, comme les ouvriers, ont, en doublant leur participation habituelle (52%, au lieu de 25% ordinairement), exercé un poids non négligeable sur l'issue négative du scrutin. En revanche, la participation du personnel subalterne des services publics, de 10% inférieure, pourrait avoir agi en sens inverse. Une fréquentation beaucoup plus forte des urnes n'aurait guère modifié l'issue du scrutin, du fait que la campagne d'hostilité au projet a rencontré un large écho dans l'opinion. Cette propagande a su déficeler à sa manière le "paquet financier" et isoler la TVA de son contexte. Elle en a fait oublier du même coup la revision de l'impôt de défense nationale dont pourtant la majorité des contribuables auraient bénéficié, les couches sociales qui devaient en profiter n'ayant que rarement apprécié l'allègement que cette réforme fiscale représentait pour elles.





Zuschriften: Postfach 3158, 8023 Zürich ☎ 01 / 242 12 10

Copyright by GfS und FSP

Abdruck nicht gestattet mit Ausnahme der Zusammenfassung